



**Bundes-Rekord: Oberursels zukünftige Grundsteuer B explodiert: 950 Punkte sind unsozial/ KLIMALISTE kämpft gegen Grundsteuererhöhung**

4.12.2022

**KLIMALISTE Oberursel schlägt Alarm**

**Nach Haushaltsberatungen und Haushaltsabstimmung**

**Grundsteuer B-Erhöhung auf bundesweit rekordverdächtige 950 Punkte ist unsozial**

**Umsetzung der KLIMALISTEN-Vorschläge würde zu einer Senkung der Grundsteuer führen!**

Im Haupt- Finanz- und Digitalisierungsausschuss am 1.12. wurde in einer siebenstündigen Sitzung der Haushalt der Stadt Oberursel für das Jahr 2023 kontrovers diskutiert und beschlossen. Nun hat die Stadtverordnetenversammlung am 15.12.22 das letzte Wort.

Die Kooperation von Bündnis90/Die Grünen und CDU konnte sich nicht durchringen, richtig große Sparposten anzupacken und mutet den Bürger\*innen als "Zusatzweihnachtsgeschenk" eine Grundsteuererhöhung von 750 auf 950 Punkte zu.

Die mickrigen Einsparungen zu denen sich Grün-Schwarz und F.D.P. durchringen konnten, schaffen es gerade einmal 32 Punkte davon zu reduzieren. Die zahlreichen Einsparungsvorschläge der KLIMALISTE Oberursel hätten in Summe sogar zu einer Reduzierung der Grundsteuer geführt.

Die KLIMALISTE Oberursel hatte das Motto, das im Zuge der Haushaltsberatungen ausgegeben worden war, ernst genommen und jede Haushaltsposition geprüft. So kam die KLIMALISTE auf ein großes Einsparpotential bei Planungen für Bauprojekte, die in ferner Zukunft liegen oder stark umstritten sind, für die aber Planungsgelder für neues Bauen in Millionenhöhe im Haushalt stehen.

Auffällig ist, dass ein sehr großer Anteil der Ausgaben von Oberursel (ein Drittel aller städtischen Ausgaben!) in umstrittene Baugebiete, Bebauungspläne und die dazugehörigen Gutachten fließt.

Deswegen hatte die KLIMALISTE ein Bau-Moratorium, eine Wirtschaftsprüfung des städtischen Haushalts und ein Leerstandskataster beantragt.

Dieses Gesamtpaket wurde von der Grün-schwarzen-Mehrheit ohne Darlegung von alternativen Einsparungen abgelehnt.

Die Einsparvorschläge der KLIMALISTE hätten eine Erhöhung der Grundsteuer B überflüssig gemacht.

Die KLIMALISTE muss deswegen konstatieren: Die Oberurseler Politik meint so weitermachen zu können, wie in den vergangenen Jahren: weiter das klimaschädliche Bauen an Siedlungsändern voranzutreiben, die Flächenversiegelung zu maximieren und einigen wenigen Investoren den roten Teppich ausrollen zu müssen.

Das bittere Ende folgt postwendend: Nach Erstellung eines Neubaugebiets, muss die Stadt mit dem Problem der fehlenden Hort- und Kindergartenplätze, des Zusatzverkehrs, der nicht ausreichenden Kanalkapazität und der überforderten Kläranlage klar kommen.

"Wir reiten uns immer tiefer in den Schlamassel, wenn nicht umgehend umgedacht wird", so die Stadtverordnete der KLIMALISTE Dr. Claudia von Eisenhart Rothe.

Die KLIMALISTE lehnt aus o.g. Gründen den Haushalt ab und kämpft gegen die Erhöhung der Grundsteuer B, die gerade in diesem Jahr auch die Menschen trifft, die angesichts des Kriegs in der Ukraine und der Abhängigkeiten vom fossilen Gas und anderen fossilen Energieträgern nicht mehr wissen, wo sie noch sparen sollen.

"Dies ist keine Sozialpolitik für bezahlbaren Wohnraum mehr, sondern die Bedienung von Bauträger - oder Baulöweninteressen. Die Bevölkerung hat genug von der Bauwut in Oberursel, die Mehrheitspolitik hat die Trendwende verpasst. Eine Erhöhung der Grundsteuer B ist höchst unsozial und trifft Familien, Alleinerziehende und Mitmenschen mit geringem Einkommen besonders hart. Die Grundsteuer wird als Nebenkosten für jeden Wohnenden wirksam.

Bei Festen zu sparen, wie von CDU/Grünen vorgeschlagen oder gar der langfristige Plan die Stadthalle zu schließen und zu verkaufen, zeigt, dass am Gemeinwohl gespart wird und nicht an den großen Kostentreibern, die von der übermäßigen Bautätigkeit einzelner gewinnmaximierender Investoren verursacht werden."

Details und Zahlen gerne im Gespräch

Anfragen an Dr. Claudia von Eisenhart Rothe

Stadtverordnete für die KLIMALISTE Oberursel

Wählerliste

Keine Partei